

China – die Werkstatt der Welt

Millionen von Chinesen strömen vom Land in Städte und Industriezentren und arbeiten unter unwürdigen Bedingungen

In China werden Produkte fabriziert, die in den Kaufhäusern der Welt meist spottbillig zu kaufen sind. Diese Artikel werden häufig unter katastrophalen Arbeitsbedingungen hergestellt. Eine funktionierende Interessenvertretung der Beschäftigten gibt es im boomenden China nicht.

Als sie 15 Jahre alt war, beschloss Xiao Zhang, einen Job zu suchen. Im Unterricht hatte sie zwar gute Noten, aber ihre Familie konnte sich das Schulgeld nicht mehr leisten. Denn sie war eine «ausserplanmässige» Tochter. Ihre Eltern hatten sich nicht an die strenge Einkindpolitik gehalten, und die Behörden hatten ihnen deshalb hohe Strafgebühren aufgebürdet.

So begann das Arbeitsleben der Chinesin Zhang. Mit 19 Jahren hatte sie bereits acht Mal die Fabrik gewechselt. Schliesslich landete sie in der Bügelabteilung der Bekleidungsfabrik «Neues Pferd» in der südchinesischen Stadt Shenzhen, die an Hongkong angrenzt. Am 25. März 2004, während der Nachtschicht um 3 Uhr früh, geschah das Unglück: Ihre Hand geriet zwischen die Walzen einer defekten Maschine. Ihre Erlebnisse hat Zhang einer Gruppe von Gewerkschaftern in Hongkong berichtet. Sie sind symptomatisch für das Schicksal vieler Millionen junger Frauen und Männer, die ihre Chance auf ein besseres Leben ergreifen wollen. Dafür nehmen sie grösste Härten auf sich.

Odyssee einer Arbeiterin

Ihren ersten Job fand Zhang in einer Fabrik für Geschenkartikel und Kunstblumen in der Südprovinz Guangdong. Dort arbeitete sie sieben Tage die Woche, oft bis 10 Uhr abends – für umgerechnet 50 Euro im Monat. Üblicher Jahresurlaub in dieser Firma: drei Tage. Die Weihnachtsbaumständer, die sie mit Lackverdünnern polierte, wurden anschliessend in einem Ofen gebrannt. «Die Werkstatt war immer mit Rauch gefüllt», erinnert sie sich. «Wenn man den Raum betrat, brannten die Augen und träneten, und man konnte kaum atmen.» Nach vier Wochen hielt sie die beissenden Dämpfe nicht mehr aus.

An ihrer nächsten Stelle musste sie mit blossen Händen Schrauben in Konsolen drehen. Als Zhangs Finger anschwellen und von Blasen bedeckt waren, verliess sie die Fabrik. Einen Monat lang blieb sie in einer Firma, die Kunsthandwerk herstellte. Für sieben Tage Arbeit in der Woche, 14 Stunden täglich, versprach man ihr knapp 50 Euro. Nachts schlief die junge Frau mit anderen Arbeiterinnen in einem niedrigen Raum über der Fabrik. Als sie kündigte, weigerte sich die Firma, den Lohn auszuzahlen. «Wir gingen zum Arbeitsamt, aber der Funktionär dort sagte uns, das sei hier so üblich: Wenn wir nach nur einem Monat aufhören, genau gesagt nach dem ersten Monat, dann würden wir keinen Lohn erhalten.» In einer Elektronikfabrik des Kreises Dongguan verpackte sie danach Videokassetten. Der Besitzer zahlte den Angestellten monatlich nur einen Teil ihres Gehaltes, den Rest sollten sie am Ende des Jahres bekommen. Doch bald blieb das Geld ganz aus. Der höchste Monatsverdienst, den Zhang mit Überstunden schaffte, lag bei 200 Euro. Alle Ausbeuterbetriebe gehörten Chinesen. Einige waren Zulieferer für bekannte ausländische Fabriken.

Zahnlose Gewerkschaften

Heute arbeitet Zhang in einem Beratungsbüro für Wanderarbeiter in Shenzhen. Ihre Erfahrungen sind typisch für die Recht- und Schutzlosigkeit, unter denen die Mehrheit der chinesischen Arbeiter leben. Offizielle Mindestlöhne, die in Shenzhen mit knapp 70 Euro höher als in anderen Teilen Chinas sind, werden meist nicht gezahlt. Insgesamt sind die durchschnittlichen Einkommen der Beschäftigten im Perlfussdelta des Südens in den letzten Jahren sogar gefallen.

Immer häufiger demonstrieren sie in den Fabriken und vor den Lokalregierungen. 300 000 Arbeitskonflikte gab es nach Informationen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) im vergangenen Jahr – doppelt so viele wie im Jahr 2001. «Die Arbeitsbehörden haben nichts dafür getan, uns zu beschützen», sagt Zhang im Rückblick. Die Funktionäre, die selbst schlecht bezahlt sind, «wollten nichts anderes als jeden Arbeiter, der in ihr Büro kommt, loswerden». Der Grund dafür ist einfach: Während die Kommunistische Partei in den letzten Jahren verstärkt Privatunternehmer zum Beitritt in die KP bewegen will, ist das Verhältnis zu ihrer traditionellen Basis, der Arbeiterklasse, getrübt. Eine ernsthafte Interessenvertretung der Beschäftigten, denen China das Wirtschaftswunder mit beeindruckenden Wachstumszahlen von rund zehn Prozent verdankt, ist im neuen Kapitalismus chinesischer Prägung nicht vorgesehen.

Der offizielle Allgemeine Chinesische Gewerkschaftsbund (ACGB) ist zahnlos – und meist nur noch in den Staatsbetrieben aus der Zeit der Planwirtschaft zu finden. Er gilt als verlängerter Arm der KP-Betriebszellen, deren Chefs oft auch die Fabrikdirektoren sind. In Chinas Privatunternehmen existiert der ACGB, wenn überhaupt, meist nur auf dem Papier. Doch die deutliche Mehrheit aller Fabriken im Perlfussdelta und an der Ostküste ist mittlerweile privat.

Peking hat zwar die Uno-Konvention über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte ratifiziert, aber mit einem

Vorbehalt: Den Arbeitern bleibt das Recht verwehrt, sich frei zusammenzuschliessen und unabhängige Gewerkschaften zu wählen. So landen Anführer von Protesten oft im Gefängnis – wegen «Untergrabung der öffentlichen Ordnung» zu langen Freiheitsstrafen verurteilt. Dennoch setzen sich mutige Anwälte und Bürgergruppen vielerorts für besseren Arbeitsschutz ein.

Gute Gesetze – fehlender Wille

Bessere Verhältnisse als in den Fabriken, in denen die junge Zhang gelandet war, herrschen oft in den Werkhallen westlicher Markenfirmen in China: Aus Angst vor Boykotten achten ihre Manager darauf, dass Betriebe und Zulieferer die Gesetze einhalten, die unter anderem Arbeitsverträge und Sozialversicherungen vorschreiben. Viele Firmen haben jedoch ein unüberschaubares Netz von Sub-Unternehmen und Zulieferern geknüpft, die sich gegenseitig unterbieten und oft mit minimalen Gewinnmargen produzieren.

Die Regierung in Peking hat dazu aufgerufen, unrechtmässig zurückgehaltene Löhne in Milliardenhöhe an die Arbeiter auszuzahlen. Sie will nun auch das Arbeitsrecht verschärfen. Doch die Experten sind sich einig: An der dramatischen Situation sind nicht fehlende Paragraphen schuld. «Chinas Arbeitsgesetze sind sogar relativ gut», sagt der Gewerkschafter Han Dongfang, der sich im Hongkonger Exil für die Rechte seiner Landsleute einsetzt. «Es fehlt der politische Wille, sie umzusetzen.»

Zudem werden Millionen junger Männer und Frauen auch in den nächsten Jahren in die Städte und Industrieparks des Perlflossdeltas, der Ostküste und anderer Teile des Landes strömen. Wie Zhang haben sie keine andere Wahl, als für ein paar Cents zu arbeiten. Sie ergreifen jede Chance, der Hoffnungslosigkeit ihrer Dörfer zu entfliehen.

Chinas Kohlebergwerke sind Todesfallen

Zehn Jahre alt war Wang Kechun, als er zum ersten Mal im Bergwerk arbeitete: Sein Vater steckte ihm eine Taschenlampe zwischen die Zähne, drückte ihm einen leeren Sack in die Hand und zog ihn durch den Einstieg in den Kohleschacht. «Ich hatte Angst», erinnert sich der heute 52-Jährige. «Der Eingang war nur ein schmales Loch. Auf einer Leiter ging es 300 Stufen in die Tiefe.» Weil er klein genug war, konnte der Knabe in die engsten Ecken kriechen und Kohlebrocken in seinem Sack verstauen. Auch seine Brüder halfen mit.

Bergleute dokumentieren Alltag

Wang Kechun hat die Familientradition fortgesetzt. Als sein eigener Sohn elf Jahre alt war, nahm er ihn mit hinunter in die Mine, so wie es sein Vater einst getan hatte. «Wir hatten keine Wahl», sagt er, «bei uns gab es nie etwas anderes als die Kohle.» Über 30 Jahre lang arbeitete Wang unter Tage im Kreis Xishui in Guizhou. Die südchinesische Provinz mit ihren Gebirgen und Terrassenlandschaften ist ebenso schön wie arm. «Anfang der Siebzigerjahre haben wir zehn Yuan (umgerechnet ein Euro) im Monat verdient. Dafür musste man etwa drei Tonnen Kohle fördern», erinnert er sich, «alles in Handarbeit, nur mit Hacken und Schaufeln.» Vor sechs Jahren stieg Wang Kechun zum letzten Mal in den Schacht. Dann hiess es: Entlassung. «Der Chef hat gesagt, ich sei zu alt für die Arbeit.» Eine Rente gab es nicht. Wangs Sohn muss nun für ihn sorgen.

Der Bergmann berichtet über seine Geschichte in ungewohnter Umgebung: Im März ist er knapp 2000 Kilometer von Xishui nach Peking gefahren. An einem Freitagmorgen steht er in der Hauptstadt-Bibliothek, einem massiven Neubau mit grau glänzender Plattenfassade im Südosten der Metropole.

An den Wänden hängen lange Reihen von Fotos: Aufnahmen aus den schwarzen Schlünden der Bergwerke und aus den schlichten Wohnhäusern von Xishui. Es sind Bilder, die vom harten Leben mit der Kohle erzählen, von verschmutzten Bächen, grauen Strassen, von einfachen Familienfesten und vom Staub, der sich auf die Felder legt und sich in die Haut der Menschen frisst.

Das Besondere an den Bildern: Sie stammen nicht von professionellen Fotografen, sondern von den Bergleuten und Dorfbewohnern aus Xishui selbst. Vertreter einer Bürgerinitiative aus der Provinzhauptstadt Guiyang hatten ihnen die Digitalkameras in die Hand gedrückt und sie gebeten, ihren Alltag zu dokumentieren. Aus 4000 Bildern wählten sie die besten aus. Zusammen mit einer Pekinger Umweltorganisation und Journalisten der «Neuen Hauptstadtzeitung» organisierte der 38-jährige Luo Shihong nun die Schau in der Bibliothek. Mit dieser Ausstellung wollen das von Luo gegründete «Guizhouer Institut für die Entwicklung des Hochlands» und die Umweltgruppe ihre Landsleute über die Situation in den Minen informieren.

Tödliche Risiken in den Gruben

Diese Gruppen gehören zur wachsenden Zahl von regierungsunabhängigen Organisationen (NGOs), die in den vergangenen Jahren in China entstanden sind. Unter den wachsamen Augen der Regierung setzen sie sich für eine bessere Umwelt ein und decken gesellschaftliche Missstände auf. So wie im Bergbau: Millionen Chinesen geht es wie den Wangs, die sich von den kargen Böden in ihren Dörfern nicht ernähren können und Arbeit in den Minen finden. China besitzt grosse Kohlevorkommen – in keinem anderen Land der Welt wird so viel produziert. Das Land deckt über 70 Prozent seines Energiebedarfs mit diesem Brennstoff. Und die Nachfrage steigt. Immer mehr Kohlekraftwerke werden gebraucht, um Elektrizität für die vielen neuen Fabriken und neuen Städte zu liefern. Doch der Kohlereichtum bringt nicht nur Arbeit, Wärme und Strom. Er birgt auch tödliche Risiken: Viele Gruben sind Todesfallen, weil die Besitzer sich nicht um die Sicherheit ihrer Leute scheren und die Kumpel schlecht oder gar nicht ausgebildet sind. 80 Prozent aller tödlichen Bergwerksunglücke geschehen in China. Im vergangenen

Jahr starben mindestens 6000 Kumpel bei Gasexplosionen, Einstürzen und Wassereinbrüchen.

Die Regierung hat die Schutzvorschriften in den letzten Jahren verschärft: Fahrlässige Bergwerksbetreiber werden härter bestraft. Örtliche Funktionäre und Grubenchefs ignorieren die Vorschriften allerdings immer wieder. Erbittert klagen Beamte der Arbeitssicherheitsbehörden in Peking, sie seien machtlos gegenüber den Provinzkadern, die nicht selten Anteile an Gruben besitzen und deshalb mit den Besitzern gemeinsame Sache machen.

Unheilbare Staublunge

Wangs Sohn erhält heute pro Tonne geförderter Kohle etwa 1.80 Euro. Das ist deutlich mehr, als die Bauern der Gegend auf ihren Feldern verdienen können. Die Minen von Xishui sind inzwischen modernisiert. Aber: «Krankenversicherung und Altersgeld gibt es bis heute nicht», sagt Wang. Das Bergwerk, das früher dem Kreis-Kollektiv gehörte, wechselte inzwischen mehrfach den Besitzer und hat heute einen privaten Eigentümer. Mit Hilfe der Gruppe von Luo konnten sich die Bewohner letztes Jahr medizinisch untersuchen lassen. «Für die meisten von uns war es das erste Mal, auch für mich», erinnert sich Wang Kechun. Das Ergebnis war bestürzend: Bei einem Drittel von rund 150 Bergleuten diagnostizierten die Ärzte die unheilbare Staublunge. Sie ist die am meisten verbreitete Berufskrankheit in China. An ihr sterben mehr Menschen als durch Unfälle. Offiziell leiden fast eine halbe Million Chinesen an dieser Krankheit, die Dunkelziffer liegt weitaus höher, schätzen Experten. Auch Wang weiss jetzt, warum er sich so matt fühlt und ständig husten muss: Seine Lunge ist von den Kohlestaubpartikeln angegriffen. Ohne Krankenversicherung können er und seine Leidensgenossen sich freilich keine teuren Medikamente leisten. Eine Hoffnung, Entschädigung einzuklagen, gibt es nicht. Seitdem sich die Bürgerinitiative um sie kümmert, hat Wang indessen nicht mehr das Gefühl, völlig ohnmächtig zu sein: Dörfler und Bergleute von Xishui planen nun, eine «Vereinigung zur gegenseitigen Hilfe» zu gründen, um sich stärker für ihre Interessen einzusetzen. Fünf Euro hat der ehemalige Bergmann bereits gespendet, wie er stolz berichtet. Bisher ist nicht klar, ob die örtlichen Behörden den Verein dulden werden.

Der Bund, jutta lietsch, peking [29.08.06]